



Die US-Außenpolitik und die Medien- und Meinungsfreiheit

In den ersten Wochen der neuen Trump-Administration sorgten der Präsident, Vize-Präsident J. D. Vance, Elon Musk und andere in mehr als einer Hinsicht für Erdbeben. Doch für die weltbewegenden Veränderungen sind nicht nur Einzelpersonen verantwortlich, sondern auch Weltbilder, die von Unterstützern von der republikanischen Basis bis in den US-Kongress geteilt werden. Logiken aufzuhellen, nicht jedoch Parteinahme, ist das Ziel des folgenden Beitrags. Und wie immer: Kurzwellenfreunde hätten es wissen können.

Kein Vertrauen in die klassischen US-Auslandsmedien

Wer ein bisschen Einblick in die US-amerikanische Kurzwellenhörerschaft hat, weiß, dass diese in der Beurteilung der Voice of America und anderer US-Auslandsdienste tief gespalten ist. Das kann man nicht nur bei Glenn Hausers e-Group World of Radio nachlesen, sondern vor allem auch im NASWA-Journal in den divergierenden Kolumnen der früheren VoA-Mitarbeiter Dr. Kim Andrew Elliott und Dan Robinson.

Schon in der ersten Amtszeit von Präsident Donald Trump sollte in den US-finanzierten Auslandsdiensten aufgeräumt werden, weil die Mitarbeitenden dort, wie es hieß, nicht im Sinne der USA arbeiteten und die Führungskräfte das nicht in den Griff bekommen konnten oder wollten. Das Problem ist nicht so sehr der englischsprachige

Dienst der Voice of America, der seit langem immer weniger redaktionelle Inhalte und immer mehr VoA1-Musik hat. Es geht vielmehr um die Fremdsprachendienste. Tatsächlich ist es ein Problem aller westlichen Auslandsdienste, dass die Aufsicht mangels Fremdsprachenkenntnissen nicht immer funktioniert bzw. die tatsächlich verbreiteten redaktionellen Inhalte nicht immer den hehren Kriterien des westlichen Journalismus-Verständnisses entsprechen. Allerdings wurde dem nach langen Blockaden eingesetzten ersten Aufräumer Michael Pack gerichtlich eine grenzüberschreitende Amtsführung bestätigt, inklusive Verstößen gegen das First Amendment, das noch Thema wird. Seit der zweiten Wahl von Donald Trump geht in den Auslandsdiensten die Angst um Arbeitsplätze und damit womöglich verbundene Aufenthaltsberechtigungen um. Deshalb wird mehr Wohlverhalten gegenüber Trump geübt oder auch erzwungen, indem Vorgesetzte das eine oder andere Gespräch führen. (<https://www.nytimes.com/2025/02/28/business/voice-of-america-trump.html>) Ob das das Weiterbestehen der bisherigen US-Auslandsmedien noch sichert, ist bei der Geschwindigkeit der Entwicklungen offen.

Richard Grenell und Elon Musk haben am 9. Februar 2025 auf Musks Plattform X die Schließung der US-finanzierten Auslandsmidien VoA und RFE/RL gefordert. Der Beauftragte des Präsidenten für Sondermissionen, Richard Grenell, der 2018 bis 2020 Botschafter in Deutschland war und oft direktiv auftrat, postete: „Radio Free Europe und Voice of America sind Medien, die vom amerikanischen Steuerzahler bezahlt werden. Es sind staatliche Medien [was so nicht stimmt, HJB]. Diese Medien sind voll

von linksradikalen Aktivisten. Ich habe jahrzehntelang mit diesen Reportern zusammengearbeitet. Das ist ein Relikt aus der Vergangenheit. Wir brauchen keine staatlich bezahlten Medien.“ (<https://xcancel.com/RichardGrenell/status/1888382972514250962#m>) Elon Musk sekundierte: „Ja, schalten Sie sie aus. Europa ist jetzt frei (von der erstickenden Bürokratie einmal abgesehen). Niemand hört ihnen mehr zu. Es sind nur verrückte Linksradikale, die mit sich selbst reden und dabei jährlich eine Milliarde US-Steurgelder verbrennen.“ (<https://xcancel.com/elonmusk/status/1888574212316582230#m>) Unter Musks Post findet sich umgehend viel Zustimmung und wird ausdrücklich auch die Schließung des US-amerikanischen Iran-Dienstes Radio Farda gefordert.

Im staatlichen russischen Fernsehprogramm Rossiya 1 gab es eine Mitteilung über Musks Forderung und folgende Bemerkung von Dmitry Kiselyov: „Gut zu wissen, dass es [in den USA, HJB] noch gesunden Menschenverstand gibt.“ Man freue sich auf das „ruhmlose Ende“ der beiden „Feindsender“. Der Kiev Independent nannte dagegen am 9. Februar Russland, Belarus und Teile der Ukraine „nicht frei“. Tatsächlich gehören Medien und Exilmedien dieser Länder zu den von Reporter ohne Grenzen und der European Federation of Journalists prominent genannten Opfern des Stopps von US-Hilfen. Im Übrigen kann man davon ausgehen, dass lokale Senderechte bei einem Ende der Voice of America und anderer US-Auslandsdienste in Europa, Afrika oder im arabischen Raum dauerhaft für die USA verloren sind. China und Russland haben bis in die jüngste Zeit gezeigt, dass sie für UKW-Frequenzen, die von westlichen Auslandsdiensten aufgegeben wurden, immer noch bereit standen.

Ende von USAID für Medien in aller Welt

Auf Anweisung von Präsident Donald Trump, die gesamte Auslandshilfe auf den Prüfstand zu stellen, hat Außenminister Marco Rubio am 24. Januar 2025 die sofortige Aussetzung aller Finanzhilfen des Außenministeriums und der ans Außenministerium gezogenen U.S. Agency for International Development angeordnet. Am 26. Januar 2025 begründete Marco Rubio das auf 90 Tage angesetzte Moratorium so: „Jeder Dollar, den wir ausgeben, jedes Programm, das wir unterstützen, muss mit Antworten auf drei einfache Fragen gerechtfertigt werden: Macht es Amerika sicherer? Macht es Amerika stärker? Hilft es Amerika insgesamt?“ (Übersetzungsmaschinen schlagen für Rubios „Does it make America more

Bild oben: Eingang zum Funkhaus der Voice of America in Washington DC. Foto: Missvain via Wikimedia.

prosperous?“ – „Macht es Amerika wohlhabender?“ vor. Das ist nicht falsch, doch fällt dann Kohls Konnotation der blühenden Landschaften weg.) Tatsächlich hat der Senator Rubio in früheren Jahren Entwicklungshilfe als gute Investition bezeichnet. So twitterte er: „Entwicklungshilfe ist keine Wohltätigkeit. Wir müssen sicherstellen, dass sie gut ausgegeben wird, aber sie macht weniger als 1 Prozent des Haushalts aus und ist für unsere nationale Sicherheit von entscheidender Bedeutung.“ (<https://www.sun-sentinel.com/2025/02/24/trump-is-dangerously-abdicating-americas-leadership-opinion>)

Vor einem Blick auf die Folgen für „unabhängige“ Medien in aller Welt muss daran erinnert werden, dass der Stopp medizinischer Hilfen und Programme eine ganz andere Dimension und Öffentlichkeitswirkung hat. António Guterres, seit 2017 Generalsekretär der Vereinten Nationen, beklagte am 28. Februar 2025 die weltweiten Konsequenzen und machte sich Rubios Wortwahl zu eigen. Die Kürzungen der Entwicklungshilfe würden die Welt „weniger gesund, weniger sicher und weniger wohlhabend“ machen und untergraben die eigenen Interessen der USA. Die BBC zitiert Dr. Jean Kaseya, den Leiter der Africa Centres for Disease Control and Prevention: „Ich muss es unseren Partnern in den USA und anderen westlichen Ländern (!) leider so deutlich sagen: Zeigt bei der nächsten Pandemie in und aus Afrika nicht mit dem Finger auf uns. Ihr habt die Unterstützung für essenzielle Gegenprojekte eingestellt.“ (<https://www.bbc.com/news/articles/c77887npl2mo> 28.2.2025) Unter Ägide dieser Einrichtung der Afrikanischen Union wird gegen 17 Infektionskrankheiten gearbeitet.

Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen gehören zur wegfallenden US-Hilfe auch 268,376 Millionen Dollar, die der Kongress für 2025 zur Unterstützung unabhängiger Medien in mehr als 30 Ländern der Welt bestimmt hat. Ein online nicht mehr zu findendes USAID fact sheet von 2023 schrieb von Hilfen für das Medientraining von 6200 Journalisten, für 707 nichtstaatliche Medien und 279 zivilgesellschaftliche Organisationen im Medienbereich. Reporter ohne Grenzen, aber zum Beispiel auch die European Federation of Journalists berichten von Hilferufen von Journalisten und Medien, die absehbar ins Nichts fallen. Clayton Weimers, Geschäftsführer von Reporter ohne Grenzen USA: „Der Stopp der amerikanischen Entwicklungshilfe sorgt weltweit für Chaos, auch im Journalismus. Die eingefrorenen Programme leisten lebenswichtige Unterstützung für Projekte, die Medien, Transparenz und Demokratie stärken. Präsident Trump rechtfertigte die

Anordnung mit dem unbewiesenen Vorwurf, dass eine sogenannte ‚Entwicklungshilfeindustrie‘ nicht mit den Interessen der USA im Einklang stehe. Die tragische Ironie ist, dass diese Maßnahme ein Vakuum schaffen wird, das Propagandisten und autoritären Staaten in die Hände spielt.“ Es sei davon auszugehen, dass die Überprüfung der Mittel länger dauern werde als 90 Tage. In der Zwischenzeit könnten Medien an regierungsnahen Leuten über- und damit für eine unabhängige oder zivilgesellschaftliche Orientierung verloren gehen.

Ein Beispiel ist die Ukraine, wo 9 von 10 Medien auf Subventionen angewiesen sind und USAID ein Hauptgeber war. Bereits seit 2024 sei es für unabhängige ukrainische Medien aufgrund des Rückgangs der Spender nahezu unmöglich, ihr Überleben zu sichern. Deshalb könnten selbst geringfügige Budgetkürzungen diese Medien in eine prekäre Lage bringen. Die European Federation of Journalists spricht von Hunderten bedrohter Existenzen im Mediensektor: „Die Unsicherheiten bei der Finanzierung durch USAID sind für den ukrainischen Mediensektor zutiefst beunruhigend“, so Sergiy Tomilenko, Präsident der Nationalen Journalistengewerkschaft der Ukraine und Mitglied des EFJ-Lenkungsausschusses. (<https://european-journalists.org/blog/2025/01/28/suspension-of-u-s-media-aid-efj-call-for-mobilisation-of-european-donors>) Anna Babinets, CEO und Mitgründerin eines investigativen Medienunternehmens in Kyjiw, sieht die Tür für andere Finanziere offen, die die redaktionelle Linie dieser Medien ändern. „Einige Medien könnten geschlossen oder von Geschäftsleuten oder Oligarchen gekauft werden. Ich denke, russisches Geld wird auf den Markt fließen. Und die Regierungspropaganda wird natürlich zunehmen.“

US-Schutz für Europa nur bei voller Garantie von Free Speech

Die Aussetzung der US-Entwicklungshilfe dürfte Europa weniger treffen als den Rest der Welt, doch dann kam der 14. Februar 2025: Die Rede von US-Vizepräsident J. D. Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Man hatte erwartet, dass der Russland-Ukraine-Krieg oder US-Forderungen nach höheren Militärausgaben das Interesse von Vance bestimmen würden. Stattdessen machte er Europa Vorhaltungen wegen Einschränkungen der Meinungsfrei-



Die Freiheitsstatue auf einer Empfangsbestätigung der Voice of America (1986).

heit und der Ausgrenzung von links- und rechtspopulistischen Parteien.

Die Rede findet sich in Simultanübersetzung bei <https://www.youtube.com/watch?v=nOGr0p7PJD0> (ZDF-Sendung) und in Deutsch bei <https://www.schwaebische.de/politik/jd-vance-die-rede-im-wortlaut-3335105>. Sie kann nur auszugsweise zitiert werden, doch werden an passenden Stellen in eckigen Klammern Beispiele von J. D. Vance eingetragen: „Wir versammeln uns auf dieser Konferenz natürlich, um über Sicherheit zu sprechen. Und normalerweise meinen wir damit Bedrohungen unserer äußeren Sicherheit. [...] Die Bedrohung, die mich in Bezug auf Europa jedoch am meisten besorgt, ist nicht Russland, nicht China, nicht irgendein anderer externer Akteur. Was mich besorgt, ist die Bedrohung von innen. [...] Wie können Sie überhaupt damit beginnen, über Haushaltsfragen nachzudenken, wenn Sie nicht einmal wissen, was genau Sie eigentlich verteidigen? [...] Ich glaube zutiefst, dass es keine Sicherheit gibt, wenn Sie Angst vor den Stimmen, Meinungen und dem Gewissen haben, die Ihr eigenes Volk leiten. [...] Wenn Sie vor Ihren eigenen Wählern davonlaufen, kann Amerika nichts für Sie tun. Und ebenso wenig können Sie etwas für das amerikanische Volk tun, das mich und Präsident Trump gewählt hat. [...] Sie können kein demokratisches Mandat gewinnen, indem Sie Ihre Gegner zensieren oder ins Gefängnis stecken – sei es der Oppositionsführer, eine bescheidene Christin, die in ihrem eigenen Zu-

hause [gegen die Abtreibung] betet, oder ein Journalist, der versucht, die [alternativen] Nachrichten zu berichten. Ebenso wenig können Sie ein Mandat gewinnen, indem Sie Ihren Wählern bei grundlegenden Fragen wie der, wer Teil unserer gemeinsamen Gesellschaft sein darf, nicht zuhören. Und von all den drängenden Herausforderungen, denen sich die hier vertretenen Nationen gegenübersehen, gibt es meiner Meinung nach keine dringendere als die der [unkontrollierten] Masseneinwanderung. [...] Die europäischen Führer haben eine Wahl. Und ich glaube fest daran, dass wir keine Angst vor der Zukunft haben müssen. Sie können annehmen, was Ihr Volk Ihnen sagt – selbst wenn es überraschend ist, selbst wenn Sie nicht zustimmen. Und wenn Sie das tun, können Sie der Zukunft mit Gewissheit und Zuversicht entgegensehen, weil Sie wissen, dass die Nation hinter Ihnen steht. [...] An die Demokratie zu glauben, bedeutet zu verstehen, dass jeder unserer Bürger Weisheit besitzt und eine Stimme hat. [...] Wir sollten keine Angst vor unserem Volk haben – selbst dann nicht, wenn es Ansichten äußert, die nicht mit der Meinung der Führung übereinstimmen.“

Das Hochhalten der freien Rede oder die Kritik an der Verfolgung von [islamkritischen oder bekennenden] Christen, von Abtreibungsgegnern bis in deren eigene vier Wände [ein Beispiel aus Schottland als Erfindung von Vance bestritten: <https://www.bbc.com/news/videos/c5y61gd0n3zo>] dürften in der republikanischen Klientel gut ankommen. Das Publikum der Münchner Sicherheitskonferenz war schockiert: War der Überfall Russlands auf die Ukraine 2022 als Zeitenwende für die Sicherheitsarchitektur Europas verstanden worden, so bemerkte man hier nun einen tiefen weltanschaulichen Riss im transatlantischen Bündnis. Deutsche Politiker reagierten deutlich, aber Vance legte nach und stellte eine Verbindung zwischen völliger Redefreiheit und dem Fortbestand der US-Militärpräsenz her. „Die gesamte deutsche Verteidigung wird vom amerikanischen Steuerzahler subventioniert“, sagte er in Washington und verwies auf die US-Soldaten, die in Deutschland stationiert sind. „Glauben Sie, dass der amerikanische Steuerzahler es hinnehmen wird, wenn jemand in Deutschland ins Gefängnis kommt, nur weil er einen gemeinen Tweet gepostet hat?“

Das First Amendment als Gral und Geschäftsmodell

Wer auch nur gelegentlich eines der über private US-Kurzwellensender verbreiteten Kommentarprogramme gehört hat, weiß, wie zentral das First Amendment für die

Kommentatoren ist. Der 1791 verabschiedete 1. Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika verbietet Gesetze, die die [individuelle] Redefreiheit, Religionsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit oder das Petitionsrecht einschränken. Im Wikipedia-Artikel werden die US-amerikanische und die europäische Auffassung direkt verglichen: „Die Redefreiheit ist in den USA umfassender als in fast jeder anderen Nation. Während der erste Verfassungszusatz die Redefreiheit nicht ausdrücklich begrenzt, ist dies in anderen Rechtserklärungen manchmal der Fall. Die Europäische Menschenrechtskonvention erlaubt so beispielsweise Einschränkungen der Redefreiheit, die notwendig sind für die nationale Sicherheit, die territoriale Unversehrtheit oder die öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral, zum Schutz des guten Rufes oder der Rechte anderer, zur Verhinderung der Verbreitung vertraulicher Informationen oder zur Wahrung der Autorität und der Unparteilichkeit der Rechtsprechung.“ In der Praxis wurden diese Schlupflöcher von europäischen Gerichten ziemlich großzügig interpretiert.“

Das First Amendment deckt jegliche „Meinungsäußerung“ ab, auch bewusste Falschaussagen oder Diffamierungen, wie sie das US-amerikanische Talk-Radio beherrschen. Bis in die Wahrnehmung durch deutschsprachige Medien schafften es vor Jahren der Holocaustleugner Ernst Zündel (1939-2017), der 1993 über WRNO New Orleans (Louisiana) und WWCR Nashville (Tennessee) sendete, oder in jüngerer Zeit Alex Jones, dessen Infowars von WWCR Nashville (Tennessee) 2023 verschwanden, nachdem Opfer nach zehn Jahren eine astronomische Entschädigung für Falschbehauptungen zu einem Schulmassaker und ihre Folgen durchgeklagt hatten. Hal Turner, nach eigenen Angaben einer von zweien, der wegen der Verbreitung der Wahrheit jemals in einem US-Gefängnis saß, sendet nach einer Durststrecke inzwischen wieder über WRMI Okeechobee (Florida), WBCQ Monticello (Maine) und WWCR Nashville (Tennessee). Wenn Donald Trump die Hilfen für die Ukraine radikal infrage stellt, so haben es Kommentatoren wie Hal Turner schon lange getan.

Mit dem Durchklagen ist die traditionelle Ansicht der Kommentatoren schon angesprochen. Man könne ja gegen sie klagen, was natürlich wieder PR-Möglichkeiten für sie bedeutet. Es gab einmal im US-Rundfunk eine Fairness Doctrine (1949-1987). Wegweisend wurde hier ein Verfahren Red Lion Broadcasting Co. v. FCC (1964). Der Oberste Gerichtshof urteilte am Ende, dass eine von der FCC erzwungene Möglichkeit

zur Gegendarstellung als Antwort auf ein kontroverses Programm verfassungsmäßig sei, die Aufsichtsbehörde aber nicht verpflichtet sei, sie einzuklagen. 1987 wurde die Fairness Doctrine abgeschafft. Damals war das Vorbild aller konservativen Kommentatoren Rush Limbaugh (1951-2021) erst an den Start gegangen. The Rush Limbaugh Show begann 1984 und wurde 1988-2021 landesweit angeboten, zeitweise auch auf Kurzwelle und sogar AFN. Radio oder Fernsehen sind inzwischen von den Internetplattformen abgelöst worden, und was eine Plattform wie Twitter kann, hat Donald Trump schon zur ersten Amtszeit bewiesen. Genauso wenig wie seinerzeit die Muttergesellschaft von WGCB und der Kurzwellenstation WINB Red Lion (Pennsylvania) sehen sich die Big-Tech-Konzerne in der Pflicht zur Regulierung der von ihnen verbreiteten Inhalte. Hier fallen Geschäftsinteressen und das hehre Hochhalten der Meinungsfreiheit ganz gut zusammen.

Es ist leichter, einzureißen als aufzubauen

Wer in früheren Jahren die journalistischen Sendungen der Stimme Amerikas und die Kommentarprogramme bei den privaten Kurzwellenstimmen Amerikas hörte, konnte wissen, dass die politischen Landschaften in den USA und Europa deutlich verschieden sind. 1987 stellte Johannes Rau (SPD) den Leitgedanken „Versöhnen statt spalten“ ins Zentrum seiner Kanzlerkandidatur und 1999 seiner Bundespräsidentschaft. Das Einheitsgrau großer Koalitionen ist in der Kompromisslosigkeit der US-Politik zwischen rot (Republikaner) und blau (Demokraten) keine Option. Was in Deutschland als Mitte gilt, ist für eine republikanische Wählerschaft bereits ziemlich links oder in Grenells und Musks Worten „linksradikal“. Was für Republikaner gesunder Menschenverstand ist, gilt in Deutschland als rechts. Tatsächlich gibt es große Schnittmengen zwischen republikanischen Wählern (traditionelles Frauen- und Familienbild, Ablehnung der Abtreibung, Ablehnung von Migranten, das Gefühl, von lautstarken Minderheiten dominiert zu werden, Grundmisstrauen gegenüber der Zentralregierung) und der AfD. Für US-Regierungsmitglieder wie Elon Musk, der die AfD im Wahlkampf massiv unterstützt hat, ist die AfD damit eben die richtige Partei für Deutschland und darf es, wie J.D. Vance formulierte, eben keine Brandmauern geben. Andererseits scheitern manche AfD-Ideale nicht nur an den Interessen einer Bevölkerungsmehrheit, sondern auch schon an der eigenen Lebenspraxis, wie das Beispiel der Kanzlerkandidatin Alice Weidel zeigt.

Dr. Hansjörg Biener